

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **2./3. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2024/2025
vom 3. Juni 2024

von 16.30 – 18.30 Uhr und 20.00 – 21.45 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.76: Kommunale Volksinitiative «Ja zur freien und günstigen Stromwahl»; Bericht und Anträge auf Gültigkeit und Ablehnung

Parlamentspräsident F. Helg: Kommunale Volksinitiative «Ja zur freien und günstigen Stromwahl»; Bericht und Anträge auf Gültigkeit und Ablehnung. Das Wort hat der Präsident der UBK, Philippe Weber, als Stellvertreter für Nora Ernst.

Ph. Weber (UBK): Ich kam ziemlich spontan und kurzfristig zur Ehre, das Geschäft präsentieren zu dürfen, und ich hoffe, man vergibt mir, dass es nicht so umfangreich ist, wie es auch schon war in diesem Rat.

Es geht um die Volksinitiative «Ja zur freien und günstigen Stromwahl». Ich fasse einfach kurz zusammen, was wir in der UBK gemacht haben.

Zuerst zum Inhalt der Initiative, ich denke, das ist allen bekannt: Es geht in erster Linie darum, dass Stadtwerk Winterthur dazu verpflichtet wird, wieder ein Produkt in den Strommix aufzunehmen, das aus Kernenergie gewonnen wird. Beimischungen dürfen bis maximal 35% erlaubt sein bei anderen Energien, wenn sich so das Produkt optimieren lässt.

Grundsätzlich: Die Initiative ist gültig, sie erfüllt alle Kriterien, damit eine Initiative gültig ist. Die Behandlung in der UBK: Wir hatten zwei Lesungen, am 26.02. kam das Initiativkomitee zu uns, in Form der bekannten Herren Gross und Hartmann und Manuel Zanoni von der SVP. Sie durften die Initiative bei uns vorstellen. Direkt danach hörten wir den Antrag von Seiten Stadtwerk bzw. Departement, den Antrag auf Ablehnung seitens des Stadtrats inklusive der Begründung. Ich komme nachher noch auf die Argumente. Wir hatten danach eine relativ kurze Diskussion und stimmten in der zweiten Lesung vom 15.04. nur noch ab und diskutierten eigentlich gar nicht mehr gross, weil die Meinungen klar waren.

Kurz der Kern, die Argumente der Initiative: Sie argumentieren damit, dass Kernstrom billiger ist als der Strom, der jetzt von Stadtwerk vertrieben wird. Auch führen sie auf, dass die EU Kernstrom neuerdings als grün und nachhaltig taxiert. Und ein weiteres Argument von ihnen ist, dass die Initiant/-innen das Gefühl haben, es herrsche eine Bevormundung durch den Staat, wenn man als Bürger/-in von Winterthur nicht entscheiden kann, dass man Kernenergie beziehen möchte.

Dagegen die Argumente des Stadtrats, wieso dieser eine Ablehnung beantragt: Einerseits hat die Analyse, welche die Mitarbeitenden von Stadtwerk durchgeführt haben, gezeigt, dass mit den momentanen Bedingungen (mit diesen rechnet man halt im Moment) ein Produkt mit Kernstrom nur unwesentlich günstiger wäre als der jetzige Strommix. Und dazu kommt noch, dass es schon einige politische Entscheide zum Thema Kernenergie gab: 2012 die Abstimm-

mung, bei der die Stimmbevölkerung beschlossen hat, dass bis 2050 auf Kernenergie verzichtet werden soll; die übergeordnete Energiestrategie des Bundes, die im Moment auch damit rechnet, dass man bis 2050 aussteigt; 2019 gab es ein Postulat, das mit grosser Mehrheit hier im Gemeinderat überwiesen wurde, dass man das Produkt E-Strom Grau, das früher hauptsächlich aus Kernenergie bestand, abschafft, was dann ja auch passiert ist; und zusätzlich natürlich die städtischen Klimaziele, die ja auch durch Abstimmungen legitimiert sind, und fordern, dass nur noch erneuerbare Energien verteilt werden auf Stadtgebiet.

Die UBK hat nach dieser Diskussion zwischen Stadtrat, Initiativkomitee und Kommission dann in der zweiten Lesung mit 6:2 bei einer Abwesenheit beschlossen, dass man dem Stadtrat folgt und die Initiative zur Ablehnung empfiehlt.

Und jetzt freue ich mich auf eine spannende Diskussion, danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank für die Vorstellung der Vorlage. Dann ist das nächste Wort bei Michi Gross (SVP).

M. Gross (SVP): Ich habe gelernt von Kaspar Vogel, dass es mehr Eindruck macht, wenn man Folien präsentiert und etwas hier vorne sagt.

Zuerst danke ich Dir, Philippe, für die wirklich gute und neutrale Vorstellung. Ich schätze das sehr. Ich habe zuerst gedacht, ich sage das humoristisch, aber ich meine es ernst.

Aber ich möchte doch auch noch aus der Sicht des Initiativkomitees ein paar Worte zu dem Ganzen verlieren, auch wenn die Meinungen im Parlament wahrscheinlich schon gemacht sind.

Für mich und für das Initiativkomitee ist es unerklärlich, unsozial und überhaupt nicht liberal, wenn man den Winterthurer/-innen verbietet, frei zu entscheiden, welchen klimafreundlichen Strom sie beziehen wollen. Wir belasten die Einwohnenden künstlich mit hohen Gebühren, die gar nicht sein müssten, und nachher klagen wir darüber, dass sie gestiegene Lebenskosten und höhere Mieten haben. Das ist ein bisschen schizopren, wenn wir es auf eine andere Art lösen könnten.

Warum haben wir diese Initiative gemacht? Wir meinen, es ist jetzt an der Zeit, vom Idealismus wegzukommen, hin zur Realität. Die heutige Lösung, ich habe es gesagt, ist nicht liberal, ist unsozial, klimatechnisch wirkungslos. Es gilt eine freie Wahl – die Bürger/-innen sind mündig und dürfen selbst entscheiden. Es gibt tiefere Gebühren, darauf gehe ich nachher noch ein. Wir wollen die Mieterinnen und Mieter entlasten. Die Energiestrategie 2050 beinhaltet Kernstrom und bis mindestens 2050 laufen auch alle Atomkraftwerke in der Schweiz, auch wenn wir in Winterthur das nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Die ganze Welt hat entschieden, dass sie auf Kernstrom setzt – wir sind der einzige Geisterfahrer da als Schweiz und Deutschland, der das nicht macht. Wir beziehen dann einfach den Kernstrom, das zeige ich nachher auch noch schnell. Die Gesetzgebung in der EU hat sich deshalb extra angepasst, Kernstrom (und übrigens auch Gasstrom) gilt als «grün» - das wäre bei uns Goldstandard. Und der Klimaschutz: Kernstrom ist heute als Grundlast alternativlos, gerade weil Wasserkraft nicht beliebig verfügbar ist.

Ich zeige Euch schnell ein paar Zahlen und Fakten zur Energieversorgung in der Schweiz. Die Schweiz hat eigentlich eine gute Ausgangslage. Wir produzieren rund 57 TWh – Ihr seht die Aufsplittung, der grösste Teil ist Wasserkraft, dann Kernenergie und ein heute noch marginaler Teil Solar und Wind. Der Stromverbrauch ist auch etwa 57 TWh, mit den Verlusten ein bisschen höher. Das Problem ist: Wir bringen den Strom vom Sommer nicht in den Winter. Und da gibt es auch keine Anlage dafür. Die grosse Winterlücke verursacht bei uns, dass wir 36 TWh einkaufen müssen aus dem Ausland. Und Ihr seht da, 2022, wenn man die gleichen Zahlen anschaut, dann haben wir hauptsächlich die 35-36 TWh aus Deutschland, Frankreich und Österreich eingekauft. Und was ist das für Strom? Es ist Kernstrom aus Frankreich, es ist Kohlestrom und Gasstrom aus Deutschland und Österreich. Und das ist dann besser als der Kernstrom, den wir im Inland kaufen könnten? Einfach so viel. Für mich absolut nicht logisch, dass man den Kernstrom aus dem Inland, der ohnehin da ist, nicht nimmt, aber der dreckige Strom aus dem Ausland ist dann gut, weil er ein anderes Label hat.

Ich habe es gesagt: Gas- und Kernstrom ist in der EU seit dem 1. Januar 2023 auch noch «grün» (in unseren Worten – oder den Worten von Stadtwerk – wäre das Goldstandard) und wird somit mit Wind, Wasserkraft und Solar gleichgesetzt. Unsere Kernkraftwerke – und die laufen bis 2050 und produzieren Strom – verdammen wir und den gleichen Strom, der dreckig ist, aus unseren Nachbarländern kaufen wir dann aber teuer zum Goldpreis ein. Das macht Sinn, oder?

Kommen wir zu den Kosten. Das ist das zweite Argument, das ich noch bringen möchte. Es wurde gesagt, der Stadtrat schreibt in der Antwort zur Initiative, dass ein Kernstrom-Produkt nur unwesentlich günstiger sein würde. Damit zeigt der Stadtrat seine ebenfalls ideologische Prägung.

Kernstrom wird heute und auch in Zukunft um ein Mehrfaches günstiger produziert. Ihr seht unten die Statistik. Wir sind dort zwischen 5 – 12 Rappen. Das gilt für das Jahr 2019 und wird voraussichtlich auch im Jahr 2035 noch so sein. Alle anderen Stromarten sind um ein Mehrfaches teurer. Er war noch 2018 auch in Winterthur viel günstiger als jeder andere Strom.

Wieso soll das bei langfristigen Abnehmerverträgen (und die Stadt Winterthur könnte einen solchen aushandeln) in Zukunft nicht mehr so sein soll, das soll mir mal einer erklären. Das glaubt ja nicht einmal Ihr als Parlamentarier/-innen hier drinnen, dass das nicht günstiger ist. Sonst könntet Ihr der Initiative nämlich zustimmen – denn niemand würde diesen Strom brauchen. Wenn er gleich teuer wäre wie Solarstrom, gleich teuer wie Wasserstrom, dann würde ja keiner Kernstrom beziehen. Dann könnt Ihr einfach zustimmen. Dann gibt es für dieses Produkt gar keine Nutzer.

Also Ihr glaubt selbst nicht und auch Stadtwerk glaubt es nicht. Wir haben nämlich Stadtwerk gefragt, weshalb Unternehmen denn immer noch Kernstrom beziehen können, im Gegensatz zu den Privaten. Und das ist der Brief, ich sage Euch nur kurz, was Stadtwerk uns geschrieben hat: «Insbesondere für Kundschaft, die zum Beispiel aufgrund energieintensiver Produktionsstätigkeiten hohe Stromkosten generieren, kann der Strompreis von existenzieller Bedeutung und je nach Marktlage der zentrale Aspekt bei der Strombeschaffung sein.» Also auch Stadtwerk glaubt nicht an seine eigene Aussage. Für normale Kunden gilt dieser Satz natürlich nicht, dort gibt es keine existenzielle Bedrohung. Die können einfach den höheren Strompreis zahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist unsinnig, dass wir den Kernstrom aus Winterthur verbannen. Wir brauchen günstigen Strom. Kein Kraftwerk in der Schweiz wird wegen Winterthur früher vom Netz genommen. Das heutige Verbot bringt null Nutzen, es hilft dem Klima nicht – im Gegenteil, ich habe es gezeigt, wir kaufen Kohlestrom aus Deutschland –, verteuert den Strom und bevormundet unsere Stromkonsumenten. Das Parlament und Stadtwerk haben sich ideologisch verrannt. Jetzt müssen wir das zugeben und über unseren Schatten springen. Und ich freue mich über all die Progressiven im Parlament, die dieser Initiative zustimmen. Danke vielmal.

R. Diener (Grüne/AL): Ja, wir haben es gehört: Freie und günstige Stromwahl für Stadtwerk-Kunden – so lockt die Initiative und so wurde sie jetzt auch vorgestellt vom Initianten. Nur: Es stimmt eben einfach nicht. Freie Stromwahl hat ein Stromkunde bei Stadtwerk heute schon, er kann unter verschiedenen Produkten auswählen. Es ist nicht so, dass er unfrei wäre.

Und was den Preis anbelangt, ist der Initiant sehr widersprüchlich, denn er hat behauptet, Stadtwerk würde den Strom verteuern, indem man Strom aus Deutschland kauft, der dann künstlich aufgeblasen würde mit dem Preis. Dann müsste ja der Kernstrom eigentlich noch viel günstiger sein. Da kann irgendetwas auch nicht stimmen in dieser Argumentation.

Der Stadtrat hat in seiner Antwort glaubhaft dargelegt, dass der Preis nur unwesentlich günstiger wird. Vielleicht ein kleines bisschen. Und natürlich, wenn das sehr grosse Mengen sind, die man bezieht, dann kann das natürlich eine gewisse Rolle spielen. Aber für den Durchschnittskunden und auch die ganz grosse Mehrheit der Stadtwerkskunden wird das nicht der Fall sein.

Nur schon deshalb ist es nicht notwendig und nicht angezeigt, dass wir dieses Anliegen unterstützen – im Gegenteil.

Ja, und dann sind natürlich die grundsätzlichen Überlegungen: Energiewende und Klimaschutz, das wissen wir auch, das wurde hundertfach mit Studien belegt, können nicht mit der Atomenergie rechtzeitig sichergestellt werden. Die bestehenden Reaktoren, die wir jetzt noch haben (man kann sie mit Fug und Recht als «Schrottreaktoren» bezeichnen), gehören zu den ältesten, die es auf der Welt überhaupt noch gibt. Sie müssen auch mit viel Geld immer wieder verbessert und immer wieder saniert werden, damit sie den Sicherheitsvorschriften noch genügen. Der Strom aus diesen Anlagen wird nicht günstiger werden, er wird eher noch teurer werden. Und es ist klar, dass wir mit den neuen Generationen nicht rechtzeitig bereit sind, um die Energiewende und den Klimaschutz, den wir brauchen, effektiv sicherzustellen. Und es ist auch ganz klar, dass die neuen Reaktoren noch viel mehr Geld kosten werden als die bestehenden, die wir jetzt haben.

Es ist nicht das Problem von Winterthur, wenn andere diese Dinger auf Teufel komm raus weiterbetreiben wollen. Wenn sie weiterhin Atomstrom beziehen wollen, ist das nicht unser Problem. Wir wollen unsere Verantwortung wahrnehmen und aus dem Atomzirkel, aus dem unseligen Atomkreislauf, aussteigen.

Wir haben als Grüne schon von Jahrzehnten betont, dass das keine Lösung sein kann für die Zukunft. Und ich formuliere das hier gerne nochmals explizit.

Diese Kreise, die jetzt wieder zurück wollen zum Atomstrom, in diesem Fall jetzt auch als Produkt im Winterthurer Strommix, diese haben jahrzehntelang – das muss ich da leider auch feststellen - die Energiewende und die Investitionen in die erneuerbaren Produkte verhindert, gebremst und verzögert. Jetzt hat die Energiewende endlich Fahrt aufgenommen, wir können am nächsten Sonntag darüber abstimmen, dass sie weiter Fahrt aufnimmt. Und wir werden damit den Ausstieg auch tatsächlich realisieren können. Wir werden für die Zukunft mehrheitlich genug Strom haben, um das umsetzen zu können. Es gibt auch deshalb keinen Grund, Atomstrom wieder einzuführen.

Und der AKW-Betrieb, das auch noch als wichtiges Argument, ist letztendlich mit dem strahlenden Abfall ein Grossrisiko für uns alle in der Gesellschaft insgesamt. Niemand weiss, wo man mit dem Zeug hinsoll. Weder Frankreich noch Deutschland noch die Schweiz hat effektiv Lösungen dafür, wie man mit dem strahlenden Abfall, der Jahrtausende lang die Gesellschaft beeinträchtigen wird, umgeht. Das einzige effektive Endlager, das jetzt gebaut wird in Europa, ist in Finnland. Und ob jemals irgendetwas von unserem Abfall dort deponiert werden kann, steht völlig in den Sternen.

Und zuletzt wieder zurück: Mit Atomenergie bleiben wir, genau wie bei den fossilen Energien – und da muss ich auch widersprechen – vom Ausland abhängig. Wir sind nicht unabhängig, wenn wir Atomstrom beziehen aus unseren Kernkraftwerken. Und wir beziehen das Uran übrigens weitgehendst aus Russland. Also auch dieser Vergleich, der vorhin erwähnt wurde, besteht überhaupt nicht.

Wenn wir unabhängig bleiben wollen mit einem wirklich erneuerbaren Energie-Mix ohne grosse Risiken, dann bitte ich Euch darum, diesen Ladenhüter abzulehnen. Danke.

G. Porlezza (FDP): Das Leben wird teurer, da sind wir uns einig, und vor allem die Fixkosten steigen für viele Haushalte teils schmerzlich. Wenn man das auf kommunaler Ebene einfach entlasten kann, dann ist das etwas, das man genau prüfen soll. Wir als FDP-Fraktion sind der Überzeugung, dass wir mit dieser Initiative die Möglichkeit hätten, den Winterthurerinnen und Winterthurern ein günstigeres Stromprodukt anzubieten, bis der Atomstrom demokratisch legitimiert und schweizweit gekippt wird.

Den Atomstrom gibt es, er wird produziert und er wird verkauft, verhältnismässig günstig, das ist ein Fakt. Ob das zu günstig ist in einem ökologischen Sinn, das sei dahingestellt. Aber darum geht es heute bei dieser Initiative auch gar nicht. Es geht nur darum, dass man als Winterthurer Bürger den günstigeren Strom nicht beziehen kann, nur weil man auf dem Stadtgebiet von Winterthur wohnt.

Wir haben es gehört: Die Stadt war proaktiv, als sie den Atomstrom aus allen Stromprodukten gestrichen hat. Das finden wir grundsätzlich nicht schlecht. Die Winterthurer Bevölkerung hat nämlich 2012 dem Ausstieg bis 2050 zugestimmt. Diese Verantwortung hat man also durch-

aus wahrgenommen. Aber eben, bis 2050 könnten auch Winterthurer Bürger und Bürgerinnen von diesem Strom halt noch profitieren. Ein Stromprodukt mit Atomstrom würde nicht spottbillig, das haben wir schon gehört. Es wäre unwesentlich billiger, aber es wäre eben billiger. Es wären vielleicht die paar Franken, die sich für Betroffene zusammenrechnen würden. Und ich persönlich finde, es liegt nicht an uns, das zu beurteilen. Aber es liegt an uns, diesen Menschen, denen es wirklich darauf ankommt, diese Möglichkeit nicht zu nehmen. Wir von der FDP finden: Es gibt den Atomstrom und er wird verkauft. Und solange das so ist, sollen Winterthurerinnen und Winterthurer nicht nur wegen ihrem Wohnort davon ausgeschlossen werden. Es soll eine freie Wahl gelten und wer den Atomstrom nicht möchte, ist absolut frei, weiterhin ein anderes Stromprodukt ohne diesen zu beziehen. Wir unterstützen deshalb die Initiative im Sinne der freien Wahl, welches Stromprodukt für die eigene Überzeugung, aber auch für die finanzielle Lage am besten passt. Danke vielmals.

Ph. Weber (SP): Danke für das Kompliment, dass ich vorher neutral präsentiert habe. Das erachte ich als selbstverständlich. Ich hoffe, ich habe bis jetzt meine Rolle zwischen Präsident der UBK und Polteri von der SP gut trennen können. Wenn das nicht so sein sollte, nehme ich gerne Anregungen entgegen.

Nichtsdestotrotz jetzt noch mein persönliches, von meiner Fraktion legitimiertes Votum. Mein Lieblingszitat von mir selbst, das je im Landboten erschienen ist, war am 20. Januar 2023. Das war kurz nachdem Ihr diese Initiative lanciert habt. Dort hat Delia Bachmann mich zitiert mit den Worten: «Diese Initiative ist absoluter Quatsch.»

Zu diesem Zitat stehe ich nach wie vor sehr. Während in meiner progressiven Weltsicht weltweit Bestrebungen stattfinden, Strom aus erneuerbaren und wirklich nachhaltigen Quellen zu gewinnen, versucht jetzt die SVP einmal mehr, unser Problem von heute mit vermeintlichen Lösungen aus dem letzten Jahrhundert zu lösen.

Als die SVP die Initiative lanciert hat, war ihr Hauptargument noch (und jetzt tatsächlich wieder, das ging in der Debatte vorhin ein bisschen unter), dass sie Personen mit geringem Einkommen entlasten wollen. Das notabene zu einer perfekten Zeit, als die Strompreise wirklich höher waren als je zuvor und der Strompreis tatsächlich eine Belastung für viele Personen in der Schweiz war. Dass das aber nur eine billige Bauernfängerei war, wird offensichtlich, wenn man anschaut, wie die SVP sonst politisiert, dass ihr nämlich Personen mit geringem Einkommen – ich möchte jetzt nicht ausfällig werden – relativ egal sind. Das sieht man bei der Politik der SVP mit Stichworten wie Mindestlohn, Prämienenkungen, günstige Mieten oder 13. AHV-Rente. Das würde tatsächlich direkt diesen Personen zugutekommen.

Dass sich in der Zwischenzeit herausgestellt hat, dass eine durchschnittliche Familie in Winterthur (was auch immer durchschnittlich bedeutet) mit Bezug von einem solchen neuen Produkt gerade mal 5 Franken im Jahr (!) sparen würde, unterstreicht die Sinnlosigkeit dieser Initiative in Bezug auf dieses Argument. Und wenn man sich nicht dauernd gegen den Ausbau von inländischer, nachhaltiger Stromproduktion stellen würde – das machen ja alle in der SVP, ausser unser guter Freund Albert Rösti, was wir sehr schätzen – dann würde auch der Bezug von nachhaltigem, inländischen Strom günstiger werden. Da habe ich im Wirtschaftsgymi gut genug aufgepasst.

Das Argument, dass die EU Kernenergie als «grün» und «nachhaltig» taxiert, zählt meiner Meinung nach ebenfalls nicht. Denn da sind wir ein bisschen schwammig unterwegs, denn in erster Linie geht es dort um Investitionen in Neubauten von Kernkraftwerken. Der Strom an sich ist nicht als «grün» taxiert von der EU. Man möchte fast das Wort «Fake-News» in den Mund nehmen.

Sowieso störend allgemein für mich - und wahrscheinlich auch für den Altvater in Herrliberg - ist, dass jetzt die SVP Winterthur plötzlich die Entscheide der fremden Richter in der EU übernehmen möchte, die da jetzt etwas bestimmt haben, das ihnen total gut gefällt. Und das nehmen sie dann heraus, das kann man ein bisschen umverpacken und den Leuten als Wahrheit verkaufen, während man alles andere von der EU vehement bekämpft. Das ist für mich etwas fragwürdige Politik.

Sowieso, dass man sich die ganze Zeit am liebsten abschotten würde von der Aussenwelt, sich aber jetzt abhängiger machen möchten von Staaten, die Kernstrom produzieren bzw.

Uran abbauen (das wird ja immer vergessen, dass man das Uran im Moment noch braucht, um Kernstrom zu produzieren), zeigt ebenfalls die bereits erwähnte, in meinen Augen leichte Inkonsequenz dieser Partei auf.

Das Argument «Bevormundung durch den Staat»: Mehrmals hat sich das Stimmvolk in der Schweiz und insbesondere auch in Winterthur direkt und indirekt gegen Atomstrom entschieden. Wie gesagt 2012 in der Volksabstimmung WINERGIE, 2019 wir hier im Parlament (das ja auch vom Volk legitimiert ist) und allgemein 2022 mit dem grossartigen Sieg für die Klima-Allianz, bei dem wir Netto Null 2040 bestimmt haben.

Dass Ihr Euch durch den Staat bevormundet fühlt, nur weil Euer Wähleranteil in der Stadt zuletzt bei halt nur 17% war, zeigt, dass Ihr die demokratischen Entscheide immer weniger akzeptiert und mit allen Mitteln versucht, durch relativ billige Polemik Eure konservativen und realitätsfernen Anliegen durchzudrücken.

Abschliessend bleibt zu betonen, dass Kernenergie NICHT CO₂-neutral ist. Auch wenn die Herstellung selbst CO₂-arm ist, ist der Abbau der Rohstoffe wortwörtlich ein riesiges Drecks-geschäft. Auch in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Menschenrechte in den Gebieten, wo diese Rohstoffe vorkommen.

Ihr fantasiert von AKWs der 3. und 4. Generation, bei denen andere Rohstoffe verwendet werden können und wo das Abfallproblem nicht so gravierend ist wie heute. Diese AKWs existieren aber de facto einfach noch nicht und somit würden wir jetzt Strom beziehen müssen, der absolut umweltschädlich ist. Das Problem der Entsorgung des Atommülls ist übrigens ebenfalls noch nicht gelöst.

Es bleibt mir ein bisschen ein Rätsel, wieso Ihr die Initiative überhaupt lanciert habt und wieso Ihr daran immer noch so stark festhaltet. Es wird ein riesiger Aufwand generiert, der wahrscheinlich ungefähr in der Höhe ist von den 200'000 Franken, die wir vorher doch noch gesprochen haben, und ich prophezeie Euch, dass Ihr an der Urne eine historische Pleite einfahren werdet. Deshalb überlegt Euch doch, ob Ihr diese Initiative nicht einfach zurückziehen möchtet. Danke.

A. Steiner (GLP): Ich werde es ein bisschen kürzer machen. Für die Grünliberalen führt zum heutigen Zeitpunkt und für die nächsten 20-30 Jahre kein Weg vorbei an einem konsequenten Umbau unserer Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien. Wir sind sehr gut auf dem Weg hier in Winterthur: Gut auf dem Weg, CO₂-neutrale Energien zu verbrauchen; gut auf dem Weg, uns von der Auslandsabhängigkeit (das wurde mehrmals erwähnt) möglichst zu lösen - und zwar meine ich mit Auslandsabhängigkeit primär Despoten-Staaten oder undemokratische Staaten. Selbstverständlich werden wir im EU-Verbund immer einen Austausch von erneuerbarer Energie brauchen.

Die Winterthurer Bevölkerung, das wurde mehrmals gesagt, und auch die Schweizer Bevölkerung hat sich mehrmals dazu geäussert, dass wir uns von der Kernenergie zurückziehen möchten – mindestens von der heutigen Generation.

Bei den Preisen kann man immer sehr viele Sachen diskutieren. Es war jetzt ein Hin und Her, die einen sagen, man kann viel sparen, die anderen sagen, man kann wenig sparen. Man muss sich auch immer bewusst sein, wer es denn bezahlt. Wer bezahlt den günstigen Kernenergie-Preis? Wir erhalten immer noch regelmässig Jod-Tabletten ins Haus geschickt, d.h. die Kernenergie hat Risiken. Und diese Risiken trägt nicht die Branche, die dieses Risiko verursacht, denn das ist schlichtweg nicht versicherbar. Kernenergie ist nicht versicherbar, während Wasserkraft, Windkraft usw. versichert werden kann. Kernenergie ist nicht versicherbar, weil diese Schäden derart hoch sein könnten, dass es keine Versicherung gibt, die das zahlen würde. Wenn man das müsste, wäre der Kernstrom schon lange nicht mehr konkurrenzfähig.

Es ist auch eine Tatsache, dass die Franzosen uns angefragt bzw. uns aufgefordert haben, wir sollten uns am Bau der neuen Atomkraftwerke beteiligen und wir müssten da Geld einschliessen. Eine relativ schräge Geschichte, letztendlich soll der Strom den Preis haben, den er eben hat, und sicher nicht subventioniert werden. Auch das eine ziemlich spezielle Geschichte.

In dem Sinn: Der günstigste Strom ist derjenige, den man nicht braucht. Also die, welche die 5 Franken noch sparen möchten, von denen Philippe Weber gesprochen hat, die schauen am besten, dass sie ein paar Geräte ein bisschen weniger lang brauchen. Und dann sind die 5 Franken relativ schnell wieder drin.

In dem Sinne stellen wir in Winterthur sicher, dass wir wirklich auf zukunftsfähige Lösungen setzen, dass wir keinen Schritt in die Vergangenheit machen und weiterhin an der Strategie festhalten. Deshalb lehnt die GLP die Initiative ab.

A. Würzer (EVP): Die kommunale Volksinitiative «Ja zur freien und günstigen Stromwahl» verlangt im Kern, dass Stadtwerk Atomstrom wieder in die Grundversorgung aufnimmt. Damit sollen, wir haben es bereits mehrmals gehört, mehrere Grundsatzentscheide der Winterthurer Stimmbevölkerung aus den letzten Jahren über den Haufen geworfen werden.

Das Instrument der Volksinitiative ist selbstverständlich ein legitimes Mittel. Inhaltlich spricht für uns von der EVP auch nichts gegen die Gültigkeitserklärung, einiges jedoch für eine Ablehnung.

Ich habe es bereits erwähnt: Die Mehrheit der Winterthurer Bevölkerung will die Kernenergie nicht. Das kann man natürlich gut oder schlecht finden. Am Ende des Tages ist es aufgrund der bisherigen Abstimmungen zu dieser Thematik einfach ein Fakt. Die klimapolitischen Ziele der Stadt sind nicht vereinbar und auch nicht zu 65% vermischbar mit der Kernenergie. Strom aus erneuerbaren Energien weist klare Vorteile gegenüber Strom aus nicht erneuerbaren Energieträgern auf, das geht auch aus der Weisung des Stadtrats hervor. Nach Umweltbelastungspunkten schneidet Strom aus erneuerbaren Energien nicht nur deutlich besser ab als Strom aus fossilen Energieträgern, sondern auch als aus Kernenergie, die u.a. aufgrund der radioaktiven Abfälle gegenüber anderen Technologien deutlich schlechtere Werte aufweist. Radioaktive Abfälle wurden meines Wissens bislang auch noch nirgends mit offenen Armen empfangen.

Ein Stromprodukt aus Kernenergie, das zu den gleichen Marktbedingungen für 2024 beschafft worden wäre, wäre lediglich 0,03 Rappen pro kWh günstiger als das günstigste Produkt von Stadtwerk, «KlimaBronze» - pro Jahr also ein paar wenige Franken für einen durchschnittlichen Haushalt. Im Wissen darum, dass Stadtwerk den benötigten Strom, abgesehen von der KVA, entweder an den europäischen Strombörsen oder mittels bilateralen Stromkäufen von anderen Energieversorgern jeweils zu Marktpreisen beschaffen muss und dennoch zu solch minimalen Preisunterschieden kommt, lässt sich also eigentlich nur Folgendes schlussfolgern:

Während Gewisse eine Mangellage bei der freien Stromwahl sehen, stellen wir einen Totalausfall des Arguments der günstigen Stromwahl fest. «Ja zur freien und günstigen Stromwahl» hält nicht, was es verspricht. Es geht hier also wohl weniger darum, die Winterthurer Haushalte finanziell zu entlasten, als vielmehr darum, der Energiewende den Wind aus den Rädern nehmen zu wollen – warum auch immer.

Die EVP-Fraktion folgt deshalb der Empfehlung des Stadtrats und wird die Initiative zwar für gültig erklären, inhaltlich lehnen wir sie jedoch ab. Danke.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Der Stadtrat verweist in seinem Bericht unter anderem auf das Postulat 2019.6 «Stromprodukte nur noch aus 100% erneuerbaren Energien oder Strom aus der Kehrlichtverwertung». Die Mitte hat damals der Überweisung dieses Postulats im Jahr 2019 zugestimmt. Den Bericht nahm unsere Fraktion – wie eine Mehrheit dieses Parlaments – im Jahr 2020 ebenfalls zustimmend zur Kenntnis und ich freute mich, dass es nicht nur bei einem Bericht blieb, sondern die Stadt mit der Abschaffung von E-Strom Grau und damit die Verbannung des Atomstroms aus dem Winterthurer Netz bei den Gebührenstrombezügern per Januar 2020 tatsächlich in die Umsetzung des Anliegens ging und keinen Atomstrom mehr im Angebot hatte.

Die eidgenössische Energiestrategie 2050 verlangt den Ausstieg aus der Kernenergie. Diese Strategie wurde vom Schweizer Stimmvolk im Mai 2017 deutlich unterstützt. Für Die Mitte war und ist heute noch die Energiestrategie 2050 und damit der Ausstieg aus dem Atomstrom

ein wichtiges Kernanliegen, auf dem Weg zu einer strahlenden Energiepolitik basierend auf der Energiewende.

In Winterthur übrigens, die einen haben es gelesen, wurde an Pfingsten 2024 zum ersten Mal mehr Energie aus der lokalen Produktion (privat und städtisch) in das Netz eingespiesen, als man auf der Fläche von Winterthur bezogen hat. Wir sind also in Winterthur auch diesbezüglich auf einem guten Weg.

Die wichtigsten Umweltprobleme der Kernenergie sind, es wurde bereits gesagt, der Uranabbau, die Lagerung von radioaktivem Abfall und die grossflächige und generationenübergreifende latente Gefahr eines Atomunfalls. Deshalb ist der Atomausstieg national der richtige Weg. Dies führt in der Konsequenz auch lokal und damit bei uns in Winterthur dazu, dass Die Mitte/EDU-Fraktion vom Atomstrom weg will und weg bleiben will. Wir lehnen deshalb die Volksinitiative ab und stimmen dem Stadtratsantrag in allen drei Ziffern zu. Vielen Dank.

M. Wäckerlin (SVP): Ich bin mir bewusst, dass egal, was ich jetzt da sage, es ändert nichts am Entscheid. Aber ein paar Korrekturen zu dem, was vorhin gesagt wurde, muss ich da vielleicht doch noch anbringen.

Der erste Punkt, der sehr auffällig war, war, was Du gesagt hast wegen dem Dreck bei der Produktion. Dem müsste man natürlich entgegenhalten, dass die Produktion von zum Beispiel Batterien für Elektro-Autos extrem umweltschädlich ist. Also das heisst, bei sogenannten grünen Alternativen hat man es nicht unbedingt besser. Aber der Punkt ist ja, die Kraftwerke stehen schon. Und egal, wie wir stimmen, diese Kraftwerke sind da. Das heisst, das Argument mit dem Unfall ist schlicht und einfach irrelevant. Annetta braucht ihre Jodtabletten, ob wir das hier jetzt ablehnen oder annehmen oder ob das Stimmvolk das annimmt oder ablehnt. Und der zweite Punkt ist, die Mehrheit will nicht. Ja, die Mehrheit muss nicht. Aber die Mehrheit soll verdammt nochmal aufhören, die Minderheit zu unterdrücken! Es kann doch jeder selbst entscheiden, was für ein Stromprodukt er bestellen will! Hört einmal auf mit dem Scheissdreck, dass Ihr immer das Gefühl habt, Ihr müsstet anderen aufzwingen, was Ihr für richtig hält! Das ist das Hauptproblem der Demokratie und deshalb bin ich gegen Demokratie! Ich bin für individuelle Entscheidungen. Dort, wo es möglich ist, muss jeder selbst entscheiden können. Und eigentlich sollte man der Demokratie klare Grenzen setzen. Ja, also, lasst der Bevölkerung die freie Entscheidung: Sagt Ja.

Parlamentspräsident F. Helg: Immerhin, Marc Wäckerlin, Du bist ja demokratisch gewählt. Als weiterer Redner von der SVP hat sich Christian Hartmann gemeldet.

Ch. Hartmann (SVP): Ich glaube, mit dem Votum meines Vorredners sind wir wieder quitt mit dem Votum des Redners der SP. Beiden vielen Dank.

Wir sind uns bewusst, dass wir mit dieser Volksinitiative irgendwie an den Nukleus der Grünen fassen. Und das tut natürlich weh. Wenn Reto Diener sagt, wir haben freie Stromwahl - ausser dem Kernstrom - da kann man fast nichts mehr sagen dazu. Ich finde es auch ein bisschen simpel, wenn man sagt, etwas könne nicht stimmen an unserer Argumentation, aber dann schuldig bleibt, was das denn wäre. Wie auch immer.

Eines der Hauptprobleme, glaube ich, das sich durch die Diskussion zieht, und das ist auch in der Weisung zu erkennen: Ich glaube, es hat einfach niemand die Initiative gelesen. Oder hat dann festgestellt, dass es eigentlich wenige Argumente gibt gegen genau diese Initiative. Wir fordern nämlich - man höre und staune - keinen Bau von Kernkraftwerken, keine Verlängerung von Laufzeiten, gar nichts. Wir verlangen schlicht und ergreifend, dass der Strom, der produziert wird, auch in Winterthur gekauft werden darf. Von denen, die wollen - keiner muss. Aber wir sehen nicht ein, wie es irgendein Mikrogramm CO₂ sparen würde, wenn man das verbieten würde.

Noch etwas zur Frage, wie man Kosten berechnet: Das ist selbstverständlich nichts ganz Einfaches. Aber es ist so, wenn man am Spotmarkt Strom einkauft - der Spotmarkt ist der Markt, bei dem, wenn ich hingehere und sage, ich kaufe jetzt Strom für jetzt (weil ich nämlich nicht geplant habe, ich kaufe nur jetzt für jetzt), dann sind die Preisunterschiede nicht sehr gross.

Denn der Spotmarkt funktioniert so, dass der letzte, der noch anbietet, den Preis setzt – für alle. Und dort ist der Kernstrom ungefähr gleich teuer wie der Solarstrom. Das ist richtig. Aber es würde niemand, wenn er am Strommarkt einkaufen muss, nur an diesem Spotmarkt einkaufen. Strom, den ich jetzt brauche, kaufe ich jetzt, und dann bin ich dem Strompreis völlig ausgeliefert. Wenn ich aber langfristige Stromverträge abschliessen würde, dann komme ich selbstverständlich näher an die Gestehungskosten hin. Das ist die Folie, die Michi Gross gezeigt hat. Und dort ist Kernstrom einfach der kostengünstigste.

Aber was wir heute gehört haben, das ist eine Generalabrechnung mit Kernkraft – mit allen Vorbehalten, die ich zum Teil auch teile -, aber das hat schlicht und ergreifend nichts mit dieser Initiative zu tun. Aber das hat eigentlich auch schon die Weisung des Stadtrats nicht, denn dort habt Ihr das ja auch her.

Wenn man noch 1-2 andere Punkte kurz anschaut: Was nicht gelöst wird, Andreas Geering, wenn man jetzt zum ersten Mal mehr Strom produziert hat als man verbraucht hat. An einem sonnigen Sonntag in Winterthur, das kann ich mir noch vorstellen. Die Schwierigkeit ist es, diesen Überschuss in den Winter zu bringen. Und das ist schlicht und ergreifend ungelöst. Selbstverständlich: Uran kommt, wie Öl, nicht unbedingt von dort, wo wir alle das politische System so gut finden. Das ist aber bei den chinesischen Solarpanels auch so. Solche Vergleiche sind polemisch. Wir verstehen etwas davon; das ist polemisch.

Genauso polemisch, wie wenn jemand sagt, die Investitionen sind grün, aber der Strom, der aus den Investitionen herauskommt, ist es dann nicht. Das müssten wir dann schon noch bei 3, 4, 5, vielen Bieren diskutieren, bis ich den verstehe.

Das haben schon meine Vorredner gesagt, wir werden hier drinnen keine Meinungen ändern. Aber jeden Blödsinn in der Argumentation müssen wir uns dann auch nicht anhören. Auch wenn ich der Meinung bin, wir werden da durchaus einen demokratischen Entscheid haben. Die SVP ist eine pluralistische Partei, da herrscht Meinungsfreiheit. Da haben wir zu diesem Thema auch verschiedene Einstellungen.

In dem Fall freue ich mich dann auf den Abstimmungskampf. Rückzug ist eine theoretische Option, wie Du natürlich auch sehr wohl gewusst hast. Aber vorschlagen kann man es ja. Man würde es dann zusammen mit «Wohnen für alle» zurückziehen oder etwas Ähnlichem. Danke vielmals.

Stadtrat St. Fritschi: Ja, es ist interessant, dieser Debatte zuzuhören. Ich möchte vielleicht etwas an den Anfang setzen: Eine Energieversorgungsunternehmung muss nur eine Stromart anbieten. Dass Stadtwerk mehrere Stromprodukte anbietet, ist an sich freiwillig. Das ist kundenorientiert und grosszügig, wie wir sind, haben wir eine grosse Produktvielfalt. Es gibt diverse Gemeinden in diesem Land, die nicht auswählen können, welche Stromart sie kaufen, sondern es ist einfach ein Standardprodukt. Bei Stadtwerk Winterthur ist man sich gewohnt, dass man mehrere Produkte anbietet, und das ist natürlich ein bisschen des Teufels Küche, denn dann kommen natürlich immer wieder neue Produktideen und neue Ideen. Einfach so viel dazu.

Ich muss Michael Gross ein bisschen korrigieren: Es ist nicht Stadtwerk, das ideologisch oder unliberal oder asozial ist, sondern das sind wir vom Stadtrat, die das sind. Du hast richtigerweise den Briefbogen eingeblendet: Das war nicht der Briefbogen von Stadtwerk, das war der Briefbogen von mir, es war mein Absender. Stadtwerk macht, was wir auf der politischen Ebene entscheiden. Und da zähle ich auch Euch als Parlament und das ganze Volk dazu. Es ist also nicht so, dass Stadtwerk ideologisch unterwegs wäre und das einfach frei entscheiden würde. Stadtwerk macht das, was Ihr und wir als Volk wollen. Und das machen wir. Und da hatten wir natürlich aufgrund der diversen, zitierten Volksentscheide die Grundlage, um uns auf diese einzuschlagen. Jetzt kann man uns vorwerfen, wir waren zu schnell. Das könnt Ihr uns vorwerfen. Wobei, ehrlich gesagt, habe ich auch schon andere Vorwürfe gehört, die in die andere Richtung gingen. Vielleicht jetzt nicht gerade bei diesem Geschäft, aber bei der Politik ist häufiger das Problem, dass man zu wenig schnell ist. Also wenn man jetzt einmal ein bisschen zu schnell ist, dann darf man das nicht gleich als grossen Kritikpunkt anschauen.

Die Auswahl, die wir haben, ist aus Sicht des Stadtrats legitimiert. Und wir glauben, das ist die richtige Auswahl. Wir geben nicht die volle Auswahl zur Verfügung. Das ist so beim Strom, das ist nicht einfach wie im Restaurant eine Menükarte, wo man alles auswählen kann. Das ist beim Wasser übrigens auch so, Ihr könnt beim Wasser auch nicht aussuchen, ob Ihr es von der Hornsagi wollt oder vom unteren Tösstal oder vom oberen Tösstal. Es gibt einfach gewisse Produkte, wo wir es uns ein bisschen vereinfachen, auch bezüglich der Komplexität bei der Verrechnung. Es macht es immer etwas komplizierter, je mehr Produkte man anbietet.

Aber am Schluss entscheidet die Demokratie, auch wenn es hier drinnen ein paar Demokratiegegner gibt – ich hoffe, Du bist der einzige, deshalb verwende ich die maskuline Form – ich gehe davon aus, Du bist der Einzige, der nicht akzeptieren kann, dass es eine Mehrheit gibt. Aber schlussendlich entscheidet das Volk und die Demokratie, welches Produkt wir am Schluss anbieten.

Eigentlich ist das ja schon interessant, wie weit unsere Demokratie in der Schweiz geht: Dass man am Schluss bestimmen kann, was für Elektroden man am Schluss aus der Steckdose kaufen kann. Da staune ich. Das ist vielleicht auch etwas, mit dem man im Ausland bluffen kann: Wie gross der Einfluss der Demokratie in der Schweiz schon ist.

Also schlussendlich entscheidet das Volk. Wir vom Stadtrat sind der Meinung, das ist gut so, wie wir es haben. Wir waren ein bisschen schnell und da sind wir auch ein bisschen stolz darauf, dass wir das Maximum nicht voll ausgeschöpft haben und nicht gewartet haben bis 2050, sondern dass wir das schon vorher gemacht haben, weil die WINERGIE-Abstimmung uns legitimiert hat. Und alles Weitere entscheidet die Demokratie, die wir voll und ganz respektieren.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Damit kommen wir zum Abstimmungsreigen. Wir haben drei Antragsziffern gemäss Weisung und würden hier, da es doch etwas unterschiedliche Sachen sind, getrennt darüber abstimmen, so dass man dann auch ein gutes Resultat hat für die Abstimmungsunterlagen.

Das erste ist die Abstimmung über die Gültigkeit der Volksinitiative, Ziffer 1.

A = Zustimmung zur Gültigkeit, B = Ablehnung.

Abstimmungsresultat: 55 Ja zu 0 Nein bei 0 Enthaltungen. Der Entscheid für die Gültigkeit ist einstimmig.

Ziffer 2 ist der Antrag, die kommunale Volksinitiative abzulehnen.

A = Zustimmung Volksinitiative, B = Ablehnung Volksinitiative.

M. Bernhard: Es ist so, es ist umgekehrt gegenüber der Weisung. Es ist so, wie es auf dem Bildschirm steht: Zustimmung zur Volksinitiative ist A, Ablehnung der Volksinitiative ist B.

Parlamentspräsident F. Helg: Man muss die Meinungsäusserungen jeweils einem Knopf zuordnen. Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken bei Marc Bernhard und Jürg Bachmann für diese Vorbereitungsarbeiten, die es jetzt halt auch gibt, bei denen man im Voraus alles definieren muss. Aber ich glaube, es ist so klar. Wer die Volksinitiative will, dass das angenommen wird, drückt A; wer das nicht will, drückt B.

Abstimmungsresultat: 16 Ja zu 39 Nein bei 0 Enthaltungen. Die Volksinitiative wird vom Parlament abgelehnt.

Der dritte Antrag ist die Abstimmungsempfehlung.

A = Empfehlung Zustimmung, B = Empfehlung Ablehnung.

Abstimmungsresultat: 16 Ja zu 39 Nein bei 0 Enthaltungen. Die Abstimmungsempfehlung lautet demzufolge auf Ablehnung.

Damit ist dieses Geschäft erledigt und verabschiedet zuhanden der Volksabstimmung, die im Laufe dieses Jahres stattfinden wird.